

Nr. **XIX. GP.-NR**
1290 /J
1995 -06- 12

A n f r a g e

der Abgeordneten Amon
und Kollegen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Überprüfung einer linksextremen Zeitung der
Grünalternativen Jugend

Dem Erstanfragesteller liegt die Nummer 1 (Herbst 1994) der Antifaschistischen Nachrichten vor. MedieninhaberIn, HerausgeberIn und VerlegerIn ist die Grünalternative Jugend, 1070 Wien, Lindengasse 40. Diese Zeitschrift wird durch die Grüne Bildungswerkstatt gefördert.

Die linksextreme Haltung dieser Zeitung kommt schon durch das Editorial zum Ausdruck, wo auch die "politischen Gefangenen aus der Antifa in Berlin und überall" begrüßt werden, wobei der Extremismus durch den Bezug zur Berliner Szene besonders untermauert wird. Die staatsgefährdende und antipolizeiliche Haltung wird auch in einem weiteren Artikel mit dem Titel "Ein Gespräch mit Experten" unterstrichen, in dem u.a. folgende Textpassagen vorkommen:

- "Als aktiver Antifa mußt du an zwei Fronten kämpfen: hier die Faschos, dort die Bullen. Konsequente antifaschistische Arbeit bedeutet ja hierzulande, immer mit einem Fuß im Kriminal zu stehen"
- "Für uns stellt es sich unmittelbar nunmal so dar, wie es in der Parole heißt: Österreichs Polizisten schützen die Faschisten!"

Die Nähe der Antifaschistischen Nachrichten zur linksextremen-grünen Szene wird auch dadurch unter Beweis gestellt, daß sich in der vorliegenden Nummer ein Gratis-Abo-Gutschein für das TATblatt befindet, also für eine Zeitung, die ebenfalls durch Inserate der Grünen unterstützt wurde und die u.a.

-2-

- zur Totalverweigerung aufruft,
- ein Bekenntnis der RAF zum Attentat auf Alfred Herrhausen abdruckte in dem zum weiteren gemeinsamen Kampf aufgerufen wird,
- ein Bekenntnis zum Brandanschlag auf die Mercedes-Niederlassung in Wien 10 abdruckt,
- ein Bekenntnis der RAAF (Radikal Agierenden AntiFschistInnen) zum Brandanschlag auf ein Bunkersystem des Bundesheeres sowie den Aufruf zur Zerstörung des Bundesheeres abdruckt,
- den Brand der Hofburg nicht als Unglück sondern als politische Notwendigkeit bezeichnet,
- einen Brandanschlag auf ein Polizeiauto wie folgt gutheißt: "Wir haben keine Angst zu kämpfen - denn die Freiheit ist unser Ziel!

Die Aktion DENKEN und HANDELN übernimmt die Verantwortung für das lichterloh brennende Bullen-Auto des Polizeipostens Stammersdorf.

"Daß die Polizei, welche Verbrechen sie auch immer begeht, nicht nur in diesem Land weitgehend ungeschoren davonkommt, ist nichts Neues. Trotz Korruption, Folter, Vergewaltigung, Rauschgifthandel und Menschenbespitzelung a la GESTAPO, kann der Polizeiapparat als unverzichtbares Instrument der weltweiten Nomenklatura schalten und walten wie immer es ihm beliebt.

Gesetzesbrüche durch Gesetzeshüter sind nur Randerscheinungen eines durch und durch korrupten und scheinheiligen Systems, in dem Geld, Macht und Lüge herrschen.

Ganz im Sinne von 'Machen sie doch was sie wollen', machen wir diesmal etwas, das wir schon immer wollten, nämlich ein Bullenauto der reinigenden Kraft des Feuers zu übergeben."

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Inneres folgende

-3-

A n f r a g e:

- 1) Entspricht das Impressum der Antifaschistischen Nachrichten (Nr.1) unter der Annahme, daß es sich um ein periodisches Medienwerk handelt, den medienrechtlichen Offenlegungspflichten?
- 2) Wenn nein, was werden Sie dagegen unternehmen?
- 3) Werden Zeitschriften radikalen Charakters von den Sicherheitsbehörden überwacht und insbesondere auf das Vorliegen von Medieninhaltsdelikten geprüft?
- 4) Wenn ja, wurden Anzeigen an die Staatsanwaltschaft erstattet?
- 5) Wenn nein, wie konnte die Überwachung der linksextremen Medienprodukte bei einer Überwachung dieser Szene unterbleiben?
- 6) Welche vereinsrechtlichen Schritte werden Sie gegen die als Vereine konstituierten Herausgeber von Zeitschriften mit strafrechtlich relevantem Gedankengut setzen?
- 7) Um welche Vereine handelt es sich konkret?
- 8) Wie lauten deren Satzungen?
- 9) Wie setzt sich deren Vorstand zusammen?